Saarlouis, Donnerstag, 25. August 1921.

Saar-Zeitung

Organ der Zentrumspartei für Stadt und Land des Saargaues und das angrenzende Lothringen.

Vierteljährlicher Bezugspreis: Durch unsere Agenten 15 Mk. Mit der Post bezogen 18 Mk. Zeilenpreise: a) für Anzeigen 41 mm Borgiszeile 1,35 Mk., b) für Reklamen 82 m/m 8,00 Mk. Bei Wiederholungen günstigster Rabatt.

Nr. 187. 50. Jahrgang.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten. — In Saarlouis die Geschäftsstelle: Gefängnisstraße Nr. 6. — Telegramm-Adresse Saar-Zeitung. — Fernsprecher: Expedition Nr. 2. Redaktion Nr. 92. Postfach 18.

Im Falle höherer Gewalt oder bei Störungen im Betrieb hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Rückzahlung.

Der 20. Verbandsdelegiertentag

des Verbandes der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin).

Am Sonntag, den 7. August, hielt der Verband der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) im kath. Gesellenhause zu Berlin seinen 20. Verbandsdelegiertentag ab. Zahlreich waren die Delegierten aus allen Bezirken des weiten Verbandsgebietes nach Berlin gekommen. Es waren erschienen Vertreter aus Ostpreußen, der Ostmark und allen Bezirken Schlesiens, besonders auch aus dem zurzeit seines Schicksals harrenden Oberschlesien. Neben Vertretern aus Pommern sah man die aus der weiten sächsischen Diaspora. Aus dem westlichen Gebiet waren erschienen Vertreter aus Koblenz und Trier. Selbst das Saargebiet hat es sich nicht nehmen lassen, seine Vertreter auf den Verbandsdelegiertentag zu entsenden. Insgesamt waren erschienen 150 Delegierte, darunter eine größere Anzahl Präsides, die insgesamt 110 Vereine mit 221 Stimmen vertraten. Angesichts der enormen Kosten, die die Beschickung des Delegiertentages infolge der Fahrpreise, der Lohnausfälle der Delegierten und der sonstigen mit weiten Reisen verbundenen erheblichen Ausgaben verursachen, war die Beteiligung am Verbandsdelegiertentage eine durchaus gute. Jedenfalls kann konstatiert werden, daß die Stimmung und Ansicht aller Vereine auf dem Delegiertentage deshalb zum Ausdruck kam, weil aus den verschiedensten Gebieten Vertreter erschienen waren.

Pfarrer Beyer eröffnete die Tagung mittags um 1 Uhr mit dem Verbandsgebet zum hl. Joseph und hieß alle erschienenen Delegierten, sowie die erschienenen Gäste herzlich willkommen. Er wies hin auf die zwanzig Jahre segensreicher Arbeit, auf die der Verband zurückblicken kann. Von vielen heiß geliebt, aber auch von vielen bitter bekämpft, habe der Verband unter großen Opfern und Mühen sich auch durch die schwerste Zeit unseres Vaterlandes hindurch gerettet. Groß waren die Opfer, die diese Zeit erforderte, groß war aber auch die Treue und Anhänglichkeit der Verbandsmitglieder in diesen schweren Tagen. Der 20. Verbandsdelegiertentag werde ein Wendepunkt in der Geschichte des Verbandes. Er soll darüber entscheiden, ob der Verband der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) in seiner bisherigen Gestalt weiter bestehen oder seine Existenz aufgeben soll. Mit dem ganzen Ernst, den die Sache erfordere, werde der Delegiertentag die schwere Aufgabe, die ihm gestellt sei, zu lösen suchen.

Nachdem der Verbandsdelegiertentag sich konstituiert hatte, verlas Arbeitersekretär Gatz (Berlin) den

Geschäftsbericht

für das Jahr 1920. Der Geschäftsbericht nahm vor allem Bezug auf die völlig veränderte Lage, in der der Verband im Jahre 1920 gegenüber den früheren Jahren sich befunden hat. Es war das erste Jahr, in dem der Verband nicht mehr gewerkschaftlich tätig war. Es war ein Jahr ständig wachsender Teuerung, durch die die Ausgaben des Verbandes sich ganz gewaltig steigerten. Infolge der Einstellung der gewerkschaftlichen Tätigkeit erlitt der Verband nicht nur einen gewaltigen Ausfall an seinen Einnahmen, sondern auch an materieller Zugkraft. Höhere Ansprüche in bezug auf die Beitragsleistung mußten an die Mitglieder gestellt werden. Momente, die der zahlenmäßigen Entwicklung des Verbandes äußerst ungünstig waren. Dazu kamen Verluste durch Gebietsabtretungen infolge des unglücklichen Kriegsausganges, vor allem auch durch die unsichere Lage in Oberschlesien. Ein Rückgang der Mitgliederzahl muß deshalb als ganz natürlich bezeichnet werden. Allen ungünstigen Verhältnissen aber hat der Verband getrotzt. Wohl konnte er durch sie zahlenmäßig geschwächt, aber nicht vernichtet werden. 43 000 Mitglieder zählte der Verband am Schluß des Jahres 1920. Der Wille der Mitglieder, den Verband auch für die Zukunft zu erhalten, kam auf dem vorjährigen Verbandsdelegiertentag, auf dem die Erhöhung des Wochenbeitrages um das 1½fache beschlossen wurde, zum Ausdruck. Dieser Wille besteht auch heute noch. Der Geschäftsbericht wendet sich dann den oberschlesischen Mitgliedern zu, die dort mannigfachen Leiden unter den mehrfachen Aufständen und sonstigen Bedrängnissen ausgesetzt waren. Unter starkem Beifall des gesamten Delegiertentages erklärt sich der Geschäftsbericht gegen Willkür und rohe Gewalt, durch die versucht wird, das oberschlesische Volk um sein Recht zu bringen. „Unsere treuen oberschlesischen Verbandsbrüder sind die Unseren, ihre Leiden sind unsere Leiden; unsere oberschlesischen Brüder sollen die Unseren bleiben für alle Zeit!" Es folgt dann ein Ueberblick über die Veranstaltung von Arbeiter-Exerzitien und sozialen Kursen im Berichtsjahre. Das Jubiläum der Ernennung des hl. Joseph zum Schirmherrn der gesamten Kirche hat für die katholischen Arbeiter eine ganz besondere Bedeutung. Veranstaltungen aus diesem Anlaß haben erheblich dazu beigetragen, die Mitglieder an den alten Grundsätzen des Verbandes von neuem zu fesseln. Das Vereinsleben, das in den Kriegs- und Revolutionsjahren schwer gelitten hat, hat sich wieder neu belebt. Die Teilnahme der Mitglieder an den satzungsgemäßen heiligen Kommunionen ist zahlreicher geworden. Die Vereinsversammlungen haben wieder regelmäßig stattgefunden.

Das Zentralvolksbüro und Reichsarbeitersekretariat, sowie die Sekretariate in den Bezirken entfalteten wie in früheren Jahren so auch im Berichtsjahre eine umfangreiche Tätigkeit auf dem Gebiete des Rechtsschutzes und der Wohlfahrtspflege. Insgesamt sind 15 025 Auskünfte erteilt und 1254 Schriftsätze angefertigt worden. Die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen wurde gefördert durch die Gründung von christlich-nationalen Arbeitsgemeinschaften in Berlin und anderen Bezirken. Mittels dieser Arbeitsgemeinschaften sucht der Verband, getreu seinen alten Grundsätzen, mit anderen Organisationen, selbst solchen, die prinzipiell auf verschiedenem Standpunkt stehen, von Fall zu Fall zusammenzuarbeiten.

Die Gesamteinnahmen des Verbandes, einschließlich des Barbestandes vom Vorjahre, betragen 1920 890 417,65 Mark.

Die Gesamtausgaben betragen im Jahre 1920 979 775,32 Mark.

Das Gesamtvermögen des Verbandes betrug am Ende des Jahres 1920: a) minus 90 387,77 Mark, b) in Wertpapieren 105 634 Mark, c) in Hypotheken 35 651,75 Mark, d) in sonstigen Vermögenswerten 140 500 Mark. Das ergibt eine Gesamtsumme von 292 618,38 Mark.

Nach einer eingehenden Aussprache über den Geschäfts- und Kassenbericht wurde dem Verbandsvorsitzenden einstimmig die Entlastung erteilt.

Verbandssekretär Michel (Berlin) gab darauf einen Bericht über die gepflogenen Verhandlungen zum Zwecke der Aufnahme des Verbandes in den Kartellverband der katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnen-Vereine Deutschlands, sowie über den am 7. und 8. Mai 1921 in Würzburg stattgefundenen zweiten Kongreß des Kartellverbandes. Nach einer eingehenden Aussprache, in der namentlich die Notwendigkeit des Beitritts der katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften zu den katholischen Arbeitervereinen und die Einführung der Jugendlichen aus den katholischen Jugend- und Jungmännervereinen in die katholischen Standesvereine lebhaft erörtert wurde, wurde der Beitritt des Verbandes der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) zum Kartellverband durch die folgende Resolution genehmigt:

„Der 20. Verbandsdelegiertentag des Verbandes der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) genehmigt den Beitritt zum Kartellverbande der katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine Deutschlands auf Grund der von dem diesjährigen Kartelltage in Würzburg angenommenen Satzung des Kartellverbandes."

Ferner wurde auf Antrag des Oberkaplans Pagutek (Waldenburg) zu diesem Punkte der Tagesordnung nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Der 20. Verbandsdelegiertentag des Verbandes der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) fühlt sich durch Erscheinungen auf gewerkschaftlichem Gebiet veranlaßt, mit allem Ernst und Nachdruck die Forderung aufzustellen, daß die im Würzburger Programm ausgesprochenen Erwartungen, nach denen die christlichen Gewerkschaften ihre katholischen Mitglieder zum Eintritt in die katholischen Arbeitervereine anhalten sollen, erfüllt werden. Er erwartet, daß die maßgebenden Instanzen der christlichen Gewerkschaften ihren untergeordneten Organen diese Forderung mit Nachdruck in Erinnerung bringen und ihnen einschärfen, daß der Besitzstand und das Arbeitsgebiet der katholischen Arbeitervereine nicht durch Hereinziehen von Geselligkeits- und anderen Bestrebungen in die gewerkschaftliche Tätigkeit gefährdet wird."

Der nächste Punkt der Tagesordnung befaßte sich mit der Einigung zwischen dem Berliner und dem ostdeutschen Verbande. Der Vorsitzende teilte mit, daß in dieser Angelegenheit wiederholt zwischen Vertretern beider Verbände Verhandlungen stattgefunden haben und gab auch die betreffenden in diesen Verhandlungen festgesetzten Punkte bekannt. Der ostdeutsche Verband habe als Bedingung der Einigung unter anderem verlangt die Umwandlung in einen neuen Verband mit neuem Namen, eine entsprechende Aenderung des Namens des Verbandsorgans und den Fortfall des päpstlichen Bestätigungstelegramms am Kopfe des „Arbeiter".

An den Bericht des Pfarrers Beyer knüpfte sich eine mehrstündige lebhafte Debatte, in der der Wunsch nach einer Einigung mit dem ostdeutschen Verbande zum Ausdruck kam, in der aber auch von der überwältigenden Mehrheit des Delegiertentages gefordert wurde, daß am Bestand, Namen und Organ des Verbandes nichts geändert werde. Dementsprechend wurde folgende Entschließung gefaßt:

Der 20. Verbandsdelegiertentag beschließt die Einigung mit dem ostdeutschen Verbande der katholischen Arbeitervereine unter folgenden Bedingungen:

1. Die Integrität des Verbandes der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) und seine Grundsätze müssen gewahrt werden.
2. Die Aktiva und Passiva beider Verbände werden zusammengelegt.
3. An der Sterbeunterstützung (Männer- und Frauen-Sterbekasse) des Verbandes der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) wird nichts geändert.
4. Die zurzeit dem ostdeutschen Verbande angehörenden Vereine behalten hinsichtlich ihrer Sterbeunterstützung ihre Freiheit für immer.
5. Dasselbe gilt für diejenigen Vereine, die bis zum gemeinsamen Verbandstage gegründet werden.
6. Dem nächsten Verbandstage werden die Unterlagen für einen versicherungstechnischen Aufbau einer Verbandssterbekasse unterbreitet.
7. Dieser Verbandstag hat alsdann über die endgültige Einrichtung einer Verbandssterbekasse Beschluß zu fassen.
8. Den Mitgliedern des bisherigen ostdeutschen Verbandes wird bezüglich des 50 Pfg.-Beitrages (unter Anrechnung der Sterbekassenbeiträge) eine Uebergangszeit bis spätestens 1. Januar 1922 gewährt.
9. Der Name des Verbandes lautet wie bisher „Verband der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin)".
10. Das Verbandsblatt „Der Arbeiter" wird beibehalten und der 25. Jahrgang mit laufender Nummer fortgesetzt.

Auf eine Anfrage von mehreren Delegierten, die sich auf eine Neuordnung der Satzungen und eine den gegenwärtigen veränderten Verhältnissen entsprechende Zusammensetzung der Verbandsleitung bezog, knüpfte sich noch eine längere Debatte, deren Inhalt in folgender einstimmig angenommenen Resolution zum Ausdruck kam:

1. Der 20. Verbandsdelegiertentag des Verbandes der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) erklärt zu der durch die Bezirkspräsideskonferenz vorzunehmenden Neuordnung der Verbands- und Vereinssatzungen eine Aenderung des § 10 der Verbandssatzung in dem Sinne für erforderlich, daß einerseits die Stellen des Verbandspräses und des Generalsekretärs miteinander zu einer Stelle verbunden werden und daß andererseits ein Vorsitzender aus der Reihe der ordentlichen Verbandsmitglieder vom Delegiertentage gewählt werde.
2. Der 20. Delegiertentag erklärt aus Rücksicht auf die schwierige finanzielle Lage des Verbandes die Ernennung eines Verbandspräses im Hauptamte als zurzeit unmöglich und beauftragt den Verbandsvorstand, die hochwürdigen Herren Bischöfe um Ernennung eines Verbandspräses im Nebenamte aus den Reihen der Präsides des Verbandes zu bitten. Der 20. Delegiertentag würde die Berücksichtigung seines Wunsches, den bisherigen geistlichen Beisitzer im Verbandsvorstande, Herrn Pfarrer Kuse (Lankwitz), zum nebenamtlichen Verbandspräses zu ernennen, mit besonderer Freude begrüßen.

Einige verspätet eingelaufene Anträge, die sich auf eine Erhöhung der Lokalbeiträge und Wiedereinführung der Beitragsmarken bezogen, wurden noch zur Beratung gestellt, aber einstimmig abgelehnt. Nach erfolgter Wiederwahl der bisherigen Kassenrevisoren und nach einem Schlußwort durch Pfarrer Beyer wurde der 20. Delegiertentag mit dem katholischen Arbeitergruß um 10 Uhr abends geschlossen.

Die Berichterstattung im Völkerbundsrat.

Zur Ablehnung Quinones de Leon.

dg. Paris, 24. Aug. Wie der Matin meldet, hat die Ablehnung der Berichterstattung über die oberschlesische Frage durch Quinones de Leon eine gewisse Ueberraschung hervorgerufen. Es scheine, daß die neue spanische Regierung ihrem Botschafter die kategorische Weisung gegeben hat, sich nicht in die Regelung des oberschlesischen Problems zu mischen. Der Matin befürchtet, daß dieser Vorfall die Genfer Tagung stören könne; ein neuer Berichterstatter ist noch nicht in Aussicht genommen.

dg. Paris, 24. Aug. Wie Petit Parisien mitteilt, soll Graf Ishii die Ablehnung des spanischen Botschafters Quinones de Leon noch nicht als endgültig ansehen. Es fanden mehrere Besprechungen zwischen in Paris anwesenden Mitgliedern des Völkerbundes statt, von deren Seite ein Schritt unternommen worden sei, um Quinones zur Zurücknahme seiner Ablehnung zu veranlassen. Ein Erfolg dieses Schrittes sei noch nicht bekannt.

dg. Paris, 24. Aug. Nach Meldungen aus Madrid erklärt man dort in politischen Kreisen, daß die Ablehnung durch Quinones de Leon durch die Tatsache motiviert sei, daß man den Wunsch habe, unter Umständen die Rolle eines Schiedsrichters in der oberschlesischen Frage zu spielen.

Jaspar Berichterstatter?

ff. Berlin, 24. Aug. Nach einer telegraphischen Meldung soll der belgische Minister des Aeußern Jaspar das Amt eines Berichterstatters des Völkerbundsrates über Oberschlesien angenommen haben.

Der „Vorwärts" bezweifelt diese Meldung. Der Völkerbundsrat würde dadurch einen schweren Fehler begehen, durch den die Entscheidung in den Augen des deutschen Volkes das Brandmal der Parteilichkeit erhalten möchte.

Holland und Dänemark haben ihre Vertreter für die Verhandlungen des Völkerbundsrates in Genf ernannt. Der japanische Geschäftsträger Dohuchi verläßt Deutschland für immer. Er begibt sich nach Genf, wo er als Sekretär der japanischen Delegation des Völkerbundes in der oberschlesischen Frage tätig sein wird. Nach einem Bericht des „United Telegraph" nimmt man als sicher an, daß es vor dem Völkerbundsrat zu direkten deutsch-polnischen Verhandlungen kommen werde. Der Völkerbundsrat habe diese Anregung gegeben. Die Sitzungen werden unter dem Vorsitz eines neutralen Mitgliedes des Völkerbundsrates stattfinden. Der Völkerbundsrat werde nur in die kritischen Fragen der Verhandlungen einzugreifen versuchen. Erst wenn sich diese Versuche als völlig aussichtslos herausstellen sollten, werde der Völkerbundsrat aus eigener Machtvollkommenheit eine Entscheidung fällen.

Die Lösung der Berichterstatterfrage.

Paris, 24. Aug. Havas. Infolge der Weigerung des spanischen Botschafters Quinones de Leon wird Baron Ishii selbst vor dem Völkerbundsrat in der oberschlesischen Angelegenheit Bericht erstatten.

Deutschlands Vertretung beim Völkerbundsrat.

ff. Berlin, 24. Aug. „Der Deutsche" berichtet, englische Blätter hätten die Frage aufgeworfen, ob der Reichskanzler persönlich auf der Sitzung des Völkerbundsrates den deutschen Standpunkt in der oberschlesischen Frage vertreten wird. Dabei wurde angedeutet, daß in Berlin diese Möglichkeit erörtert worden sei. Wie wir hören, ist eine solche Reise des deutschen Kanzlers nach Genf in keiner Weise in Erwägung gezogen worden und kann überhaupt nicht in Frage kommen. Man weiß überhaupt noch zu wenig über die Modalitäten und den Umfang der Völkerbundsverhandlungen, die auch noch nicht festgestellt sein dürften. Von großem Interesse ist es natürlich, daß zuerst festgestellt wird, welche Rolle dem Vertreter Deutschlands zugedacht ist. Wahrscheinlich werden überhaupt von Deutschland gewisse Garantien gefordert werden, da Polen als Mitglied des Völkerbundes sich in vorteilhafterer Stellung befindet. Alles diesbezügliche wird von einer demnächst zu erwartenden Mitteilung abhängig gemacht werden.

Telegramm der Frauen von Lublinitz an Lloyd George.

dg. Lublinitz, 24. August. Durch Vermittlung des englischen Obersten Biel wurde an Lloyd George und an den Völkerbund folgendes Telegramm gerichtet: Sämtliche Frauen von Lublinitz bitten dafür eintreten zu wollen, daß der Kreis Lublinitz bei Deutschland verbleibt. —

Ein ähnliches Telegramm ist an den englischen Vertreter in Oppeln abgegangen.

Italien für weitgehende Abrüstung.

ff. Rom, 24. Aug. Der italienische Botschafter in Washington sagte in einer Unterredung über die Abrüstungskonferenz: **Keine Nation werde dem Vorschlag des Präsidenten Harding so bereitwillig entgegenkommen wie Italien, denn dessen Abrüstung sei so gut wie vollendet. Das italienische Volk lehne alle Rüstungen ab, außer solchen, die zur Verteidigung der Landesgrenzen unbedingt notwendig seien.**

Geheimhaltung der Abrüstungsverhandlungen.

ff. Paris, 24. August. Nach Washingtoner Meldungen ist es so gut wie sicher, daß die Beratungen der Abrüstungskonferenz nicht öffentlich sein werden. Ein Senator hatte eine diesbezügliche Anfrage an die Regierung gerichtet, auf die der Senator Lodge antwortete, daß der Präsident zwar für öffentliche Beratungen sei. Man müsse aber sagen, daß es ein unbilliges Verlangen sei, wenn man fordern wolle, daß man niemals hinter verschlossenen Türen beraten solle. Die Geheimberatungen würden einfach eine Rücksichtnahme auf die großen eingeladenen Mächte darstellen.

Die Yap- und Shantungfrage auf der Washingtoner Konferenz.

ff. London, 24. Aug. Der „Times" zufolge ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Yapfrage auf der Washingtoner Konferenz geregelt werden soll. Auch die Shantungfrage wird auf der Tagesordnung erscheinen und hat Aussicht, befriedigend gelöst zu werden.

Deutschland und Amerika.

= Berlin, 24. August. Die Verhandlungen über den Sonderfrieden mit den Vereinigten Staaten stehen, wie wir hören, unmittelbar vor ihrem Abschluß. Es darf damit gerechnet werden, daß heute schon oder morgen von beiden Seiten eine amtliche Veröffentlichung darüber erfolgt.

Die neuen Gehalts- und Lohnforderungen.

ff. Berlin, 24. Aug. Im Reichsfinanzministerium haben gestern vormittag die Teuerungsverhandlungen zwischen der Regierung und den Organisationen der Beamten und Arbeiter stattgefunden. Heute nahmen an den Verhandlungen teil: der Reichskanzler in seiner Eigenschaft als Reichsfinanzminister, der Verkehrsminister Gröner und Reichspostminister Giesberts. Man hofft, die noch bestehenden Unterschiede zwischen den Forderungen der Beamten und Arbeiter auszugleichen und bald mit den praktischen Arbeiten beginnen zu können. Am ersten Verhandlungstage betonte Reichskanzler Dr. Wirth in einer ausführlichen Rede die außerordentlich schwierige Lage des Reiches. Er streifte dabei auch die oberschlesische Frage und sprach die Hoffnung aus, daß es Deutschland ermöglicht wird